

Bekanntmachung

Die Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung findet am Dienstag, den 12.11.2019 statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung vom 15.10.2019
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1 Vorstellung der neuen Amtsleiterin Amt für Schule und Sport
 - 4.2 Maßnahmen der letzten und zukünftigen 5 Jahre im Bereich Familie und Soziales
 - 4.3 Seniorenbeirat - Stand der Arbeit
 - 4.4 Weihnachtessen für alleinstehende Senior*innen
Einreicher: SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0202/2019
 - 4.5 Sitzgelegenheiten in Wohngebieten
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0066/2019
 - 4.6 Beschwerde Netto Markendiscount Werbung
- 5 Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen - keine
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Sabine Ehlert
Vorsitz

TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung

Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 15.10.2019
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:35 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Sabine Ehlert

stellv. Vorsitzende/r

Herr Sebastian Lange

Mitglieder

Frau Kerstin Brusch
Frau B.Sc. Josefine Anika Kümpers
Herr Tino Rietesel
Frau Brigitta Tornow

Vertreter

Frau Doreen Breuer
Frau Susanne Lewing
Frau Anne Zabel

Vertretung für Herrn Mathias Reeck
Vertretung für Herrn Peter Paul
Vertretung für Herrn Thoralf Pieper

Protokollführer

Frau Birgit König

von der Verwaltung

Frau Silvia Hacker-Hübner
Herr Mario Hilbert
Frau Kristina Wilcke

Gäste

Frau Solveig Wieck
Herr Daniel Spranger
Frau Stefanie Patzelt
Frau Verena Schmidt
Frau Liane Kroß
Frau Miriam Weber

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung vom 27.08.2019
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1 Bezuschussung des Frauenschutzhauses in Stralsund
Vorlage: B 0060/2019
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Sitzgelegenheiten in Wohngebieten
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0066/2019
- 4.2 Stadtteilbeauftragte - Wie ist der Stand der bisherigen Arbeit;
zukünftige Projekte/ Aktivitäten
- 4.3 Vorstellung der Gleichstellungsbeauftragten der Hansestadt
Stralsund
- 4.4 Themen Arbeitsplan 2019/2020
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von
Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende, Frau Ehlert, geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird von den Ausschussmitgliedern ohne Änderungen und Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung vom 27.08.2019

Die Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung vom 27.08.2019 wird ohne Änderungen/ Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Bezuschussung des Frauenschutzhauses in Stralsund
Vorlage: B 0060/2019

Frau Hacker-Hübner erläutert die Vorlage. Sie informiert über den Träger und die Personalausstattung. Weiter geht sie auf das Grundstück, das Gebäude und notwendige Sanierungsarbeiten ein.

Bisher hat es vom Landkreis Vorpommern-Rügen keine Entscheidung zu einer Beteiligung gegeben, daher sind in der Vorlage nur Zuschüsse der Hansestadt Stralsund sowie Landesmittel enthalten, um die Arbeitsfähigkeit des Frauenschutzhauses zu sichern.

Auf Nachfrage stellt Frau Hacker-Hübner klar, dass das Frauenschutzhaus keine Förderung erhält, wenn die Mittel durch die Stadt nicht bereitgestellt werden.

Frau Hacker-Hübner erwartet die Entscheidung einer Bezuschussung durch den Landkreis zeitnah. Weiter stellt sie klar, dass auch Frauen aus dem Umland von Stralsund im Frauenschutzhaus Stralsund aufgenommen werden.

Frau Ehlert verdeutlicht die Wichtigkeit der Zustimmung zur Vorlage, da ggf. eine Schließung drohen würden, sollte es keine finanzielle Unterstützung geben.

Frau Ehlert bittet Frau Hacker-Hübner zur nächsten Sitzung mitzuteilen, wie viel Frauenschutzhäuser es in M-V gibt. An die Stralsunder Vertreter im Kreistag richtet sie die Bitte, das Problem im Kreistag zu thematisieren. Auch eine Beratung in den Fraktionen der Bürgerschaft erachtet sie als dringend

Es gibt keine weiteren Fragen zur Vorlage.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0060/2019 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Sitzgelegenheiten in Wohngebieten
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0066/2019

Frau Wilcke informiert, dass am 17.10.2019 ein Termin mit den Wohnungsgesellschaften der Stadt stattfindet. Danach kann der Ausschuss aussagekräftig informiert werden.

Frau Ehlert schlägt vor, die Angelegenheit auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Sie lässt über den Vorschlag abstimmen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4.2 Stadtteilbeauftragte - Wie ist der Stand der bisherigen Arbeit; zukünftige Projekte/ Aktivitäten

Frau Wieck stellt sich als Projektkoordinatorin vor. Sie ist verantwortlich für die Umsetzung des Quartiersmanagements. Derzeit wird in den Bereichen Frankenvorstadt, Grünhufe und Knieper West Stadtteilarbeit angeboten. Es gibt derzeit 3 MitarbeiterInnen.

Frau Schmidt erläutert das Projekt „Soziale Stadt“ welches die Grundlage für die Stadtteilarbeit stellt. Sie teilt mit, dass es in Grünhufe seit 2003 die Stadtteilkoordination gibt. Sie nennt Zahlen und Fakten bezüglich der Arbeitslosenquote, des Ausländeranteils und der Hilfeempfänger.

Weiter geht sie auf die Aufgaben der Koordination ein und verteilt Anschauungsmaterial.

Frau Schmidt teilt weiter mit, dass es einen Beirat gibt, dem die 3 großen Wohnungsunternehmen der Hansestadt, 2 Vertreter des Bauamtes, die Wirtschaftsförderung sowie Frau Wieck von der SES als Projektverantwortliche angehören.

Sie informiert zu den Aufgaben, berichtet über die Arbeit des Beirates und geht auf die unterschiedlichen Tätigkeitsfelder der Koordinatoren ein.

Für jeden Stadtteil gibt es einen Verfügungsfond in Höhe von 20T€.

Frau Schmidt geht auf die Räumlichkeiten der Stadtteilkoordination in Grünhufe ein und informiert über die Angebote, die dort vorgehalten werden.

Im Laufe eines Jahres wird eine Vielzahl von Veranstaltungen angeboten und durchgeführt. In diesem Jahr wurde besonderes Augenmerk auf Ehrenamtler gelegt.

Frau Schmidt erinnert, dass es seit 2004 keine Streetworker mehr gibt. Danach gab es bis 2010 noch einen Jugendclub. Als dieser geschlossen wurde, übernahm das Kreisdiakonische Werk die offene Jugendarbeit bis August 2016., auch die Angebote der Verkehrswacht wurden im Jahr 2016 eingestellt.

2019 konnte der Verkehrsgarten neu eröffnet werden, jedoch fehlen Mittel für die personelle Ausstattung und damit für weitergehende Angebote.

Seit 2018 gibt es eine Stelle in der Lutherkirche. Dortige Aktivitäten werden gut angenommen.

Abschließend fasst Frau Schmidt zusammen, dass das Rahmenangebot der Träger gut ist, jedoch die Stellen oft unbesetzt bleiben, da sie nicht lukrativ für die Bewerber sind.

Frau Schmidt bittet entsprechend um Unterstützung beim Finden von geeignetem Personal.

Zum Wohngebiet Franken-Vorstadt teilt Frau Schmidt mit, dass dieser seit 2007 in das Programm Soziale Stadt aufgenommen ist. Die Stadtteilkoordination ist hier seit 2008 tätig.

Es gibt eine ähnliche Struktur wie in Grünhufe. Auch in diesem Stadtteil werden verschiedene Aktionen durchgeführt. Durch die Stadtteilkoordination werden zudem bauliche Projekte, wie z.B. der Spielplatz in der Smiterlowstraße, begleitet.

Frau Schmidt erläutert die Angebote ein, die in diesem Stadtteil besucht werden können und macht deutlich, dass eine enge Zusammenarbeit mit dem Bündnis für Familie, dem Kleewerk, dem Frauenschutzhaus und weiteren Netzwerken besteht.

Herr Spranger stellt sich als Stadtteilkoordinator in Knieper West vor.

Er macht umfangreiche Ausführungen zu seiner Tätigkeit und Inhalte der Arbeit. Dazu verteilt er umfangreiches Material für alle Anwesenden.

Herr Spranger informiert zur Geschichte und zum Wachstum des Stadtteils.

Er informiert anhand einer Präsentation die Gegebenheiten des Stadtteils bezüglich Einwohner, Arbeitslosigkeit, Migrantanteil usw..

Außerdem nimmt er Bezug auf Projekte, Initiativen und Ideen, die umgesetzt werden oder werden sollen, um den Stadtteil zu beleben und das Miteinander zu fördern sowie als Angebot für Jugendliche zu dienen. Zur Belebung des Stadtteils könnten auch kommerzielle Angebote, z.B. Tanzclub, beitragen.

Herr Spranger stellt fest, dass es ein Defizit an Sozialarbeiterstellen gibt.

Er teilt zur Sportanlage am Teichhof mit, dass diese kurzfristig umzäunt werden soll, um wieder genutzt zu werden. Derzeit ist eine Nutzung aufgrund von Vandalismus (z.B. Scherben) ausgeschlossen.

Herr Spranger betont, dass es wichtig ist, dass die Stadtteilkoordinatoren gut vernetzt sind und viele Menschen erreichen (z.B. über die Bürgersprechstunde oder soziale und Printmedien).

Frau Ehlert dankt den Stadtteilkoordinatoren für ihren enormen Einsatz für die einzelnen Stadtteile. Ihr Dank richtet sich ebenso an die freien Träger und die SIC, die es ermöglichen, dass Projekte erhalten werden.

Auf Nachfrage von Frau Kümpers erläutert Herr Spranger die Idee eines Garagenprojektes, in welchem sich die Jugendlichen eigenverantwortlich entfalten können. Die Betreuung soll durch einen Streetworker erfolgen. Ob sich das Projekt dann bewährt, soll monatlich geprüft werden.

Zur Frage von Frau Kümpers erklärt Frau Schmidt, dass sich die Vormittagsangebote im Jugendclub 2Day an ältere Stadtteilbewohner richten, die die Räumlichkeit mitnutzen können.

Frau Kümpers erkundigt sich, wie realistisch es sei, dass die Öffnungszeiten des Stadtteilzentrums in Knieper West verlängert werden.

Herr Spranger teilt mit, dass eine erweiterte Öffnung bis 20 Uhr vorgesehen ist. Zu prüfen ist, ob das Personal aufgestockt werden kann. Möglich wäre auch ein Einsatz von geeigneten Ehrenamtlichen.

Herr Lange erkundigt sich nach den Fußball/Basketball Veranstaltungen abends/nachts in Knieper West. Diese wurden seiner Kenntnis nach eingestellt.

Frau Kroß entgegnet, dass es diese Angebote, „Sport statt Gewalt“, noch gibt und diese auch genutzt werden.

Herr Spranger meint, dass dem Vandalismus entgegengewirkt werden kann, wenn Sportplätze vielfältige Angebote bereithalten, da dadurch eine größere Belegung auf dem Platz entsteht.

Zu den Stadtteilen Franken und Grünhufe erfragt Herr Lange, ob Angebote für Senioren vorgehalten werden und ob diese dann auch genutzt werden.

Frau Schmidt geht auf ihre Ausführungen zum Jugendclub 2Day ein. Außerdem gab es u.a. ein Theaterprojekt zusammen mit der Diakonie und dem Schulzentrum am Sund, bei dem Senioren interviewt wurden. Aufgeführt wurde das Theaterstück dann im Pflegeheim „Rosa Luxemburg“ und im Schulzentrum. Die Angebote werden von den Senioren angenommen.

Herr Lange bittet um Auskunft, ob sich die Stadtteilkoordinatoren für die Aufgaben finanziell gut ausgestattet fühlen.

Frau Schmidt würde sich eine bessere finanzielle Ausstattung für die Kinder- und Jugendarbeit wünschen.

Frau Ehlert verweist hinsichtlich der geplanten Projekte und deren Umsetzung auf die Bedeutung von Fachkräften.

Frau Schmidt ergänzt, dass hinsichtlich des Personaleinsatzes langfristig gedacht werden muss, damit sich eine Konstanz entwickelt.

Frau Ehlert ist der Auffassung, dass das ehrenamtliche Engagement gewürdigt werden sollte. Als Beispiel nennt sie das Projekt „Grüne Farm“. Daher sollte auch in den Fraktionen in

Erwägung gezogen werden, diese Personen zur Auszeichnung des Ehrenamtes vorzuschlagen.

Herr Spranger bestätigt, dass dies anerkannt werden sollte.

Frau Schmidt ergänzt, dass im vergangenen Jahr eine sehr engagierte Person aus dem Stadtteil Grünhufe ausgezeichnet wurde.

Sie meint, dass auch das Ehrenamt Betreuung benötigt. Diesbezüglich wäre Unterstützung wünschenswert.

Frau Ehlert wiederholt ihre Anregung, besonders engagierte Ehrenamtliche als Anerkennung für die geleistete Arbeit zur Auszeichnung vorzuschlagen.

Außerdem merkt Frau Ehlert an, dass zur Durchführung von Projekten ggf. die Hochschule mit ins Boot geholt werden kann.

Herr Spranger berichtet, dass es bereits Kontakt mit der HOST gab.

Frau Ehlert hätte gerne am Stadtteilstfest in Knieper West teilgenommen. Sie bittet diesbezüglich für den nächsten Termin um eine Information.

Frau Ehlert schließt den Tagesordnungspunkt und dankt allen in den Stadtteilen engagierten Akteuren.

zu 4.3 Vorstellung der Gleichstellungsbeauftragten der Hansestadt Stralsund

Frau Hacker-Hübner stellt sich und das umfangreiche Aufgabengebiet der Gleichstellungsbeauftragten vor.

Sie geht auf die zahlreichen Projekte, Veranstaltungen und Netzwerkaktivitäten ein, bei denen sie sich engagiert.

Frau Ehlert dankt Frau Hacker-Hübner für die Vorstellung. Sie würde es begrüßen, wenn die Gleichstellungsbeauftragte an den Sitzungen des Ausschusses teilnimmt und regelmäßig Bericht erstattet. Des Weiteren wünscht die Ausschussvorsitzende Frau Hacker-Hübner viel Kraft und Energie für das Aufgabengebiet und hofft auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Ausschuss.

Frau Kümpers erkundigt sich nach den Erfahrungen von Frau Hacker-Hübner, insbesondere im Bereich der aktiven Förderung von Frauen (z.B. Personalmanagement, Gender-Mainstreaming).

Frau Hacker-Hübner berichtet, dass sie diese Fragen in der Fraktion von Frau Kümpers bereits beantwortet hat. Sie geht auf ihren beruflichen Werdegang ein und weiß als Frau, dass sich Frauen noch immer durchsetzen müssen. Sie ist sich der Tragweite ihrer Aufgaben bewusst. Des Weiteren konnte sie durch ehrenamtliche Tätigkeiten in Pasewalk bereits weitreichende Erfahrungen sammeln, die das neue Aufgabengebiet betreffen.

Frau Ehlert stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.4 Themen Arbeitsplan 2019/2020

Frau Ehlert stellt fest, dass bislang nicht viele Vorschläge zum Arbeitsplan eingegangen sind. Sie bittet die Ausschussmitglieder, die Zeit bis Ende Oktober zu nutzen, um Themenvorschläge zu unterbreiten.

Die Ausschussvorsitzende berichtet, dass Herr Reeck von der Fraktion CDU/FDP 8 Vorschläge eingereicht hat. Sie fasst diese kurz zusammen und verweist darauf, dass viele der Themen das Aufgabengebiet des Jugendhilfeausschusses tangieren.

Frau Ehlert betont, dass sie das Engagement von Herrn Reeck begrüßt.

Frau Lewing berichtet, dass die Zuständigkeiten in der Fraktion besprochen wurden und Herr Reeck auf diese hingewiesen wurde.

Frau Hacker-Hübner schlägt vor, die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt, den Frauenpolitischen runden Tisch sowie die Sundine zu thematisieren.

Frau Kümpers bittet die Gleichstellungsbeauftragte, den Ausschuss über den aktuellen Stand der Entwicklung der Genderdiversity, vor allem in Führungspositionen in der Verwaltung und auf kommunaler Ebene, zu informieren.

Frau Hacker-Hübner sagt dies zu.

zu 5 Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder haben keinen Redebedarf.

Da es keine Themen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gibt und auch kein Redebedarf im nichtöffentlichen Teil angezeigt wird entfallen die weiteren Tagesordnungspunkte.

Frau Ehlert dankt für Mitarbeit und schließt die Sitzung.

gez. Sabine Ehlert
Vorsitzender

gez. Steffen Behrendt
Protokollführung

TOP Ö 4.2

Federführung:	Amt 70 Amt für Schule und Sport Frau Dr. Sonja Gelinek	Datum:	04.11.2019
Bearbeiter:	Kathi Gutschmuths		

Ausschusssitzung Familie, Soziales und Gleichstellung am 27.08.2019

In der Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung wurde der Oberbürgermeister um eine Übersicht gebeten, aus der hervorgeht,

- welche Projekte im Bereich Familie, Soziales und Gleichstellung durch die Hansestadt Stralsund in den letzten 5 Jahren durchgeführt wurden,
- welche aktuell geplant sind und
- mit welchen in den nächsten 5 Jahren zu rechnen sein wird.

Weiter wurde gebeten, Probleme aufzuzeigen, die in den letzten Jahren bei den Projekten entstanden sind.

(Anmerkung: Die nachfolgenden Aussagen betreffen nur die Zuständigkeit der Abt. 70.2., Maßnahmen der Gleichstellung werden nicht erläutert.)

Die Hansestadt Stralsund als kreisangehörige Kommune erbringt im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit freiwillige Leistungen, somit freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben. Sie unterstützt die freien Träger mit Zuschüssen für die von ihnen geplanten Maßnahmen. Es sind ausschließlich Mitfinanzierungen. Als eigenes Projekt betreibt die Hansestadt Stralsund die KISS – Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen. Finanzierungen bzw. Zuschüsse sind nur unter Beachtung der „dauernden Leistungsfähigkeit“ und der allgemeinen Haushaltsgrundsätze zulässig.

Über den TH 08 „Zuschüsse für Jugendarbeit an freie Träger“ werden für Projekte der Schulsozial-, Jugendsozial- und Jugendarbeit Mittel für Personal und Sachkosten zur Verfügung gestellt:

	2015	2016	2017	2018	2019
Gesamtsumme	211.000 €	211.500 €	211.500 €	299.800 €	303.200 €
Maßnahmen					
Schulsozialarbeit	9	13	13	13	12
Jugendsozialarbeit	5	5	5	2	2
Jugendarbeit	3	3	3	3	3

(Schulsozialarbeit an GS "Ferdinand von Schill", IGS "Grünthal", RS "Marie Curie", Montessori-GS "Lambert Steinwich", Hansa-Gymnasium, RS "Adolph Diesterweg, SFZ "Lambert Steinwich", RS "Hermann Burmeister“, GS "Juri Gagarin“, GS "Hermann Burmeister“, GS "Karsten-Sarnow" und am Schulzentrum am Sund, außerdem Jugendberufshilfe, aufsuchende Jugendsozialarbeit Knieper, Jugendclub 2Day, Stadtteiltreff "Heuboden“, Stadtteilzentrum Knieper West)

Im TH 7 werden Mittel für soziale Belange vorgehalten:

	2015	2016	2017	2018	2019
Wohlfahrtspflege (z.B. Kleiderkammer, Tafel, DRK Bahnhofsdienst)	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500
Zuschuss an den Verein zur Kriminalitätsprävention	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
Nachbarschaftszentrum Grünhufe	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Mehrgenerationenhaus Stralsund	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
Zuschuss an den Seniorenbeirat	5.066,96	7.600	6.100	7.600	6100

Probleme haben insbesondere die freien Träger der Jugendarbeit. Sie stehen jedes Jahr vor der Aufgabe, die jahresbezogenen Projekte erneut zu beantragen und auf die Bewilligung der Finanzierung zu hoffen. Auch wird der Fachkräftemangel zunehmend spürbar.

Ein großes Problem trat im Jahr 2017 auf, als die Bürgerschaft darüber in Kenntnis gesetzt wurde, dass die Finanzierung der Schulsozialarbeit durch Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) 2020 und die aus Restmitteln des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) bereits 2018 wegfallen würde. Die landesweit 198 ESF-finanzierten Stellen konnten bis 2020 und die 129 BuT-finanzierten Stellen bis zum 2. Halbjahr 2017 finanziert werden. Eine weitere Förderung des Landes war nicht in Sicht und mithin die Finanzierung dieser Stellen nicht mehr gesichert.

Mit Beschluss der Bürgerschaft wurde der Landesregierung mitgeteilt, dass eine kurzfristige Entscheidung zur weiteren Finanzierung der Schulsozialarbeiterstellen erwartet werde und die Meinung mitgeteilt, dass die Schulsozialarbeit gänzlich in Zuständigkeit des Landes übernommen, vorgehalten und finanziert werden müsse. Es wurde argumentiert, dass die Schulsozialarbeit ein Konzept zur langfristigen Sicherung sowohl in der inhaltlichen Ausrichtung, als auch in der finanziellen Absicherung benötigt und sie einer gesetzlichen Regelung auf Landesebene bedarf, einer fundierten Zukunftslösung im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen.0020

In der Folge nahm die Hansestadt Stralsund für die Jahre 2018/19/20 erhöhte Finanzierungsbedarfe für die Jugendarbeit in die Haushaltsplanung auf. Damit wurde zunächst eine Sicherung für diese Jahre übernommen. Noch immer werden auf Landesebene Gespräche geführt und um die Finanzierung der Schulsozialarbeit gerungen.

Aufgrund des Doppelhaushaltes 2018/2019 gab es im Jahr 2019 keine Schwierigkeiten und über alle Anträge konnte schon zu Beginn des Jahres ein Zuwendungsbescheid erstellt werden. Keine der beantragten Maßnahmen wurde abgelehnt, somit liegen aktuell keine Problemfälle an.

Für die Jahre ab 2020 liegen noch keine Anträge vor. Diese sind jedoch bis zum 31.12.2019 einzureichen. Bei zu erwartenden Problemen würde die Verwaltung den Ausschuss rechtzeitig informieren.

Kathi Gutsmuths

Titel: Weihnachtsessen für alleinstehende Senior*innen
Einreicher: SPD-Fraktion

Federführung: Fraktion SPD	Datum: 12.09.2019
Einreicher: Corinth, Jan-Jacob	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwiefern die Umsetzung eines Weihnachtsessens für alleinlebende Senior*innen, das von der Stadt organisiert wird und in der Vorweihnachtszeit stattfinden soll, finanziell und personell möglich ist. Bei der Prüfung der finanziellen Möglichkeit und des Kostenrahmens, der für die Hansestadt entstehen würde, sollen mögliche Sponsor*innen berücksichtigt werden. Ebenso soll geprüft werden, inwiefern diesbezüglich eine Zusammenarbeit mit Stralsunds Seniorenheimen möglich ist.

Begründung:

Wenn wieder die Zeit im Jahr gekommen ist, in der alle die meiste Zeit mit ihren Freund*innen und ihrer Familie verbringen, wird es für alleinlebende Senior*innen oftmals schwer und einsam. Als solidarische Hansestadt ist dies nicht hinnehmbar, weshalb geprüft werden soll, ob es möglich wäre, einen Abend für alle alleinlebende Senior*innen zu schaffen, damit niemand die ganzen Feiertage alleine verbringen muss.

Viele andere Städte taten bereits Vergleichbares: zum Beispiel hat Grimmen inzwischen mehrmals ein Weihnachtsessen für einsame Menschen veranstaltet, für das sich viele Sponsor*innen (sowohl finanzieller als auch materieller Mittel) fanden. Es kommt gut bei den Betroffenen an und ist fördernd für das Zusammenleben.

TOP Ö 4.4

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.7

Weihnachtsessen für alleinstehende Senior*innen

Einreicher: SPD-Fraktion

Vorlage: AN 0202/2019

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des Antrages AN 202/2019 in den Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung wie folgt zu verweisen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwiefern die Umsetzung eines Weihnachtsessens für alleinlebende Senior*innen, das von der Stadt organisiert wird und in der Vorweihnachtszeit stattfinden soll, finanziell und personell möglich ist. Bei der Prüfung der finanziellen Möglichkeit und des Kostenrahmens, der für die Hansestadt entstehen würde, sollen mögliche Sponsor*innen berücksichtigt werden. Ebenso soll geprüft werden, inwiefern diesbezüglich eine Zusammenarbeit mit Stralsunds Seniorenheimen möglich ist.

Beschluss-Nr.: 2019-VII-03-0108

Datum: 26.09.2019

Im Auftrag

gez. König

TOP Ö 4.4

Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung der Bürgerschaft am 26.09.2019

Zu TOP : 9.7

Weihnachtsessen für alleinstehende Senior*innen

Einreicher: SPD-Fraktion

Vorlage: AN 0202/2019

Herr Corinth begründet Antrag.

Herr Dr. Zabel stellt fest, dass die CDU/FDP-Fraktion einem Prüfauftrag zustimmen kann, jedoch werden Bedenken im Bereich der sozialen Teilhabe gesehen.

Frau Winkel teilt mit, dass das Anliegen selbst befürwortet wird, jedoch ein enormer logistischer und finanzieller Aufwand gesehen wird. Um dies zu klären, wird die Verweisung der Beratung des Antrages in den Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung beantragt.

Herr Haack erfragt, wer wirklich bedacht werden soll. Es ist wohl eher bei den Sozialinitiativen richtiger angesiedelt, als der Verwaltung diese Aufgabe aufzubürden. Es sollte ebenfalls konkret festgestellt werden, wer einer solchen Zuwendung bedarf. Die Fraktion BfS wird dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Adomeit schlägt vor, selbst aktiv zu werden.

Frau Bartel erläutert, dass es um alleinstehende Seniorinnen und Senioren gehe. Zunächst sollte ermittelt werden, wer überhaupt Interesse an einer solchen Veranstaltung habe. Hier wird die Verwaltung um Unterstützung gebeten. Die SPD-Fraktion ist jedoch gern bereit, sich einzubringen.

Herr Dr. Zabel teilt für die CDU/FDP-Fraktion mit, dass noch Beratungsbedarf gesehen wird und damit einer Verweisung in den Ausschuss zugestimmt werde.

Herr Paul lässt über den Antrag, die Beratung des Antrages AN 0202/2019 in den Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung zu verweisen wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des Antrages AN 202/2019 in den Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung wie folgt zu verweisen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwiefern die Umsetzung eines Weihnachtsessens für alleinlebende Senior*innen, das von der Stadt organisiert wird und in der Vorweihnachtszeit stattfinden soll, finanziell und personell möglich ist. Bei der Prüfung der finanziellen Möglichkeit und des Kostenrahmens, der für die Hansestadt entstehen würde, sollen mögliche Sponsor*innen berücksichtigt werden. Ebenso soll geprüft werden, inwiefern diesbezüglich eine Zusammenarbeit mit Stralsunds Seniorenheimen möglich ist.

Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2019-VII-03-0108

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. König/Gremiendienst

Stralsund, 08.10.2019

Titel: Sitzgelegenheiten in Wohngebieten
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Federführung: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Datum: 26.03.2019
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, um mehr Sitzgelegenheiten in den Stralsunder Stadtteilen außerhalb der Altstadt zu realisieren. Hierzu wird auch Kontakt mit den entsprechenden städtischen Gesellschaften und den großen Genossenschaften aufgenommen.

Die Ergebnisse werden den Fraktionen, EBSM und den entsprechenden Fachausschüssen (hier FSGA und BUStA) bis zum Herbst 2019 zur Beratung vorgelegt.

Begründung:

Das Angebot an Sitzgelegenheiten wird mit steigendem Alter der Bevölkerung immer wichtiger. Für die Altstadt ist es gelungen, eine Lösung zur kurzfristigen Erweiterung des Angebotes zu finden, in den anderen Stadtteilen gibt es den gleichen Bedarf.

TOP Ö 4.5

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.15
Sitzgelegenheiten in Wohngebieten
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0066/2019

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, um mehr Sitzgelegenheiten in den Stralsunder Stadtteilen außerhalb der Altstadt zu realisieren. Hierzu wird auch Kontakt mit den entsprechenden städtischen Gesellschaften und den großen Genossenschaften aufgenommen.

Die Ergebnisse werden den Fraktionen, Einzelbürgerschaftsmitgliedern und den entsprechenden Fachausschüssen (hier Familie, Sicherheit und Gleichstellung und Bau, Umwelt und Stadtentwicklung) bis zum Herbst 2019 zur Beratung vorgelegt.

Beschluss-Nr.: 2019-VI-03-0966

Datum: 04.04.2019

Im Auftrag

gez. Kuhn

TOP Ö 4.5

Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung der Bürgerschaft am 04.04.2019

**Zu TOP : 9.15
Sitzgelegenheiten in Wohngebieten
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0066/2019**

Frau Kindler begründet den Antrag ausführlich.

Herr Arendt teilt mit, dass er den Antrag unterstützen wird. Er regt an, neben den Sitzgelegenheiten auch Papierkörbe zu installieren.

Herr Dr. Zabel signalisiert die Zustimmung seitens der CDU/FDP-Fraktion.

Herr Paul stellt den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, um mehr Sitzgelegenheiten in den Stralsunder Stadtteilen außerhalb der Altstadt zu realisieren. Hierzu wird auch Kontakt mit den entsprechenden städtischen Gesellschaften und den großen Genossenschaften aufgenommen.

Die Ergebnisse werden den Fraktionen, Einzelbürgerschaftsmitgliedern und den entsprechenden Fachausschüssen (hier Familie, Sicherheit und Gleichstellung und Bau, Umwelt und Stadtentwicklung) bis zum Herbst 2019 zur Beratung vorgelegt.

Einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: 2019-VI-03-0966

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. König/Gremiendienst

Stralsund, 16.04.2019

TOP Ö 4.5

Auszug aus der Niederschrift über die 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung am 15.10.2019

Zu TOP: 4.1

Sitzgelegenheiten in Wohngebieten

Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vorlage: AN 0066/2019

Frau Wilcke informiert, dass am 17.10.2019 ein Termin mit den Wohnungsgesellschaften der Stadt stattfindet. Danach kann der Ausschuss aussagekräftig informiert werden.

Frau Ehlert schlägt vor, die Angelegenheit auf die nächste Tagesordnung zu setzen.
Sie lässt über den Vorschlag abstimmen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 04.11.2019

TOP Ö 4.6

Sehr geehrte Frau Hacker-Huebner,

aus aktuellem Anlass schreibe ich Ihnen diese mail, welche auch als Leserbrief an die OZ gehen wird.

In Ihrer Funktion als Gleichstellungsbeauftragte sollten Sie meine Ansprechpartnerin sein.

Seit vergangener Woche ist unsere schöne Stadt Stralsund an prominenten Orten (z.B. Kreisel Schiffsschraube, Haupteingang Zoo) "geschmückt" mit großflächiger, sexistischer Werbung für unverpacktes Obst aus dem "Netto", ehemals "Plus".

Zu sehen ist eine splitternackte Frau, die sehr einladend lächelt, sich Äpfel vor die Brüste hält und zum Kauf animieren möchte.

Was hat unverpacktes Obst mit der Nacktheit einer Frau zu tun??? (Siehe "Deutscher Werberat", an den diese mail ebenfalls geht).

Letztere wird als "nackte Tatsache" mit großen Lettern gleichgesetzt mit Obst, was mindestens eine Herabwürdigung/Reduzierung zum Sexsymbol darstellt. Siehe

<https://utopia.de/netto-unverpackt-sexismus-werbung-160102/>

Ich möchte Sie bitten, mich zu einem Termin einzuladen, um weiteres Procedere zu besprechen. Eine entsprechende Satzung für unsere Stadt sollte beschlossen werden, so wie es bereits in anderen Städten getan wurde (München, Berlin).

Gern würde ich mit Ihnen darüber sprechen, auch (leider) aus aktuellem Anlass (frauenverachtende Gewalt, geschehen am vergangenen Dienstag in Stralsund).

Welche Botschaft transportieren wir als Stadt, als Bewohner mit dieser Werbung???

Nackte, einladend lächelnde Frauen an jeder Ecke im Großformat...für jeden verfügbar, einfach nehmen??? Wie schrecklich!

Die Stadt sollte sich ihrer Verantwortung bewusst sein und mit ihren Mitteln helfen, Sexismus/Frauenfeindlichkeit einzudämmen.

Ein sensibles Reagieren seitens der Stadt haben sich alle Frauen und Mädchen verdient bzw. sie haben ein Recht darauf, dass ihre Körperteile nicht mit kaufbarem Obst verglichen werden.

Lassen Sie unsere Stadt mit modernen Richtlinien ein gutes Beispiel für hoffentlich bald alle Städte sein.

Über eine Antwort würde ich mich sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Sehr geehrte Frau Hacker-Hübner,

ich bedanke mich für das freundliche Telefonat am gestrigen Tage.

In der Angelegenheit der Plakatierung „Netto unverpackt“ auf Großflächen im Stadtgebiet der Hansestadt und der Anfrage erlaube ich mir einige Anmerkungen.

In Stralsund sind aktuell in der Dekade 28A/2019 (11.10. -21.10.2019) Plakate des Kunden „Netto“ an 8 Standorten präsent, davon 5 Flächen auf öffentlichen und 3 Flächen auf privaten Flächen beklebt. Die Motive sind nicht nur auf Plakaten, sondern auch in den Netto Filialen und in den Netto Prospekten abgebildet. Die Kampagne läuft noch bis Ende Oktober 2019.

Die Ströer SE& Co. KGaA ist als Vermieter der Plakatflächen nicht für die Inhalte und Gestaltung der Werbung verantwortlich. Die Plakatmotive werden im Auftrag unserer werbungtreibenden Kunden von ihren Kreativagenturen erstellt. Daher sind wir diesbezüglich leider nicht der richtige Ansprechpartner.

Selbstverständlich prüfen wir, ob ein Plakat sittenwidrige oder strafrechtlich relevante Inhalte enthält. Als Vermieter darf die Ströer-Gruppe jedoch keine Werbung ablehnen, die nicht gegen Gesetze und freiwilligen Selbstbeschränkungen verstößt. Die im Grundgesetz Artikel 5 garantierte freie Meinungsäußerung müssen wir respektieren.

In diesem Fall schätzen wir das Motiv jedoch nicht so ein, dass die von Ihnen angesprochene Werbung von der Allgemeinheit als untragbar angesehen wird oder das Anstandsgefühl verletzt.

Für Sie gibt es die Möglichkeit, den Deutschen Werberat als Schiedsrichter anzusprechen. Wenn der Werberat zum Ergebnis kommt, dass die Werbung sittenwidrig oder abmahnungswürdig ist, wird er das werbende Unternehmen zur Nachbesserung aufrufen. Der Werberat kann sich allerdings auch schützend vor extreme gesellschaftspolitische Meinungen stellen. Sie erreichen den Werberat unter www.werberat.de

Es tut uns leid, dass Sie sich persönlich dadurch beeinträchtigt gesehen haben - und hoffen auf Ihr Verständnis, dass die beschriebene Situation aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen mit den deutschen Vorgaben in diesem Bereich von Werbung und Marketing im Einklang steht.

Ich werde veranlassen, dass die Motive auf öffentlichen Flächen nach Ende der Dekade abgeklebt werden.

Mit besten Grüßen

i.V. Jens Petersson
Niederlassungsleiter M/V

Ströer Deutsche Städte Medien GmbH